



GÜNTHER PLATTER  
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/4-PMVD/2006

23. März 2006

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

XXII. GP.-NR  
3816 /AB  
2006 -03- 24  
zu 3811 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gaál, Genossinnen und Genossen haben am 24. Jänner 2006 unter der Nr. 3811/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Verwirrung um Assistenzeinsatz" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 und 3:

Hiezu ist klar zu stellen, dass ein – wie in der Anfrage dargestellter – sicherheitspolizeilicher Assistenzeinsatz weder angefordert noch angeordnet wurde und auch nicht stattgefunden hat.

Zu 2:

Nein.

Zu 4:

Nein. Wie aus § 2 Abs. 1 lit. b und c WG 2001 zweifelsfrei hervorgeht, obliegt dem Bundesheer auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen, ihrer Handlungsfähigkeit, der demokratischen Freiheiten der Einwohner und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt sowie die Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs. Diese Aufgaben sind, sofern hiefür nicht ein selbständiges militärisches Einschreiten zulässig ist, nur insoweit wahrzunehmen, als die gesetzmäßige zivile Gewalt die Mitwirkung des Bundesheeres in Anspruch nimmt.

Hiezu ist anzumerken, dass zur Heranziehung des Bundesheeres zu Assistenzeinsätzen alle Behörden und Organe des Bundes, der Länder und Gemeinden innerhalb ihres jeweiligen Wirkungsbereiches berechtigt sind, sofern sie eine ihnen zukommende Aufgabe nur unter Mitwirkung des Bundesheeres erfüllen können.